

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“
Monatsbeilage: „Rund um den Geisingberg“

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat 1,15 RM, einschließlich Zutrags
Anzeigen: Die viergespaltene 65 mm breite Korpuszeile oder
deren Raum 20 Hg., die 80 mm breite Reklame- oder Ein-
spaltzeile oder deren Raum 40 Hg. — Bei zwangsweiser Ein-
treibung erlischt der Anspruch auf etw. Wiederholungsnachsch.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Ortschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts Lauenstein, sowie der Stadtbehörden
Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Druck und Verlag: F. A. Kuntzsch, Altenberg — Verantwortliche Schriftleitung: Flora Kuntzsch, Altenberg — Fernruf Lauenstein 427 — Postcheck Dresden 11811 — Giro Altenberg 11

Nr. 146

Sonnabend, den 10. Dezember 1932

67. Jahrgang

Japan droht mit Austritt aus dem Völkerbund

Am Donnerstag kam es in der außerordentlichen Völkerbundsversammlung in Genf bei der Behandlung des japanisch-chinesischen Streitfalles zu einem vielbemerkten Zwischenfall. Der japanische Vertreter Matsukawa drohte offen mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund, falls die von Spanien, der Tschechoslowakei, Schweden und Irland eingebrachte Entschliessung angenommen würde, die sich ausserordentlich scharf gegen Japan richtet, das Vorgehen Japans gegen China als einen verschleierten Krieg darstellt und insbesondere die Bildung des Staates Mandschukuo unter dem Schutze der japanischen Bajonette keineswegs entsprechend der japanischen Darstellung als den Ausdruck des freien Volkswillens hinstellt. Besonders wird betont, daß die Anerkennung des neuen Staates durch andere Mächte mit den bestehenden internationalen Verpflichtungen nicht vereinbar sei.

Matsukawa verlangte sofortige Abstimmung über diese Entschliessung, damit Japan die wahre Stellungnahme der Völkerbundsversammlung kennen lerne. Der Präsident lehnte jedoch diesen Vorschlag ab und setzte die Generalausprache fort. Der französische Kriegsminister Paul-Boncour ging einer eindeutigen Stellungnahme aus dem Wege, der englische Außenminister Simon suchte in längerer Rede eine mittlere Linie zwischen den japanischen und chinesischen Interessen zu halten.

Der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath erklärte, man müsse eine Entscheidung finden, die der Entstehung weiterer Konflikte vorbeuge. Dabei müsse man die lebendigen Kräfte der Völker und die natürliche Richtung ihrer Entwicklung rechtzeitig erkennen. Der Streitfall sei für das Ansehen des Völkerbundes von entscheidender Bedeutung.

Neurath, der einer Zuziehung der Russen und Amerikaner zustimmte, schloß mit folgenden Feststellungen: „Neben dem mandschurischen Konflikt harret hier in Genf ein anderes, weltbewegendes Problem der Lösung. Wollen wir eine wirklich sichere Gewähr dafür schaffen, daß künftig Konflikte nicht nach machtpolitischen Austausch drängen, sondern daß sie ohne Einfluß militärischer Machtmittel eine gerechte und billige Regelung finden, wollen wir, daß die Autorität des Völkerbundes für diesen seinen höchsten Zweck gestärkt wird, müssen wir dafür sorgen, daß ein völliger Ausgleich der militärischen Machtmittel aller Staaten stattfindet.“

In der Völkerbundsversammlung wurde Donnerstag nachmittag die allgemeine Aussprache über den japanisch-japanischen Konflikt zu Ende geführt. Der chinesische Delegierte erklärte, China werde seinen Widerstand nicht aufgeben, der Boykott und das Vorgehen der Freiwilligen in der Mandchurie würden nicht aufhören, sondern nötigenfalls bis zum bitteren Ende durchgeführt werden. China werde niemals den Mandschukuostaat anerkennen und nie in die Eroberung dieser reichen Provinz durch Japan einwilligen und werde keine direkten Verhandlungen mit Japan aufnehmen. China verlange, daß die grundlegenden staatsrechtlichen Verhältnisse wieder hergestellt und die japanischen Truppen aus der Mandchurie zurückgezogen werden.

Der japanische Delegierte protestierte gegen den Versuch, die Beweislast hinsichtlich der japanischen Notwehraktion zugunsten Japans zu verschieben. Japan sei dem Völkerbund in der Erwartung beigetreten, daß auch die Vereinigten Staaten eintreten würden. Von dem Augenblick an, in dem der Nichttritt Amerikas feststand, habe die Beteiligung am Völkerbund für Japan sein Hauptinteresse verloren.

Der unannehmbare Herriot-Plan v. Neurath fordert genaue Formulierung von „Gleichberechtigung“ und „Sicherheit“

In der am Donnerstag nachmittag abgehaltenen Fünfmächtekonferenz legte Außenminister v. Neurath die beiden folgenden Fragen vor:

1. Wird die **Rechtsgleichheit** praktische Anwendung in der künftigen Konvention in **jeder Beziehung** finden, und ist sie infolgedessen der Ausgangspunkt der künftigen Erörterungen der Konferenz, bezüglich der abgerüsteten Staaten?
2. Schließt der Ausdruck „System, welches **Sicherheit** allen Nationen verschafft“ das Element der **Sicherheit** ein, das in der allgemeinen Abrüstung beruht, so wie es von der Völkerbundsversammlung anerkannt worden ist?

Zu diesen beiden Fragen gab Freiherr von Neurath einige ergänzende Erläuterungen. Er erklärte, daß zunächst diese Fragen in befriedigendem Sinne beantwortet werden müßten. Die Bezugnahme in der Erklärung Herriots, daß die Anerkennung der Gleichberechtigung eines der Ziele der Konferenz sein sollte, könne dahin mißverstanden werden, daß die Gleichberechtigung nur ein Prinzip darstellen soll. Es läge aber nur eine volle Auswirkung in Frage. Die Konvention müsse eine praktische Auswirkung in allen Rüstungselementen finden. Deshalb sei es notwendig, daß bei Erörterung aller Fragen auf der Konferenz künftighin die Gleichberechtigung von vornherein zum Ausgangspunkt genommen werde. Falls die Beantwortung dieser Frage nicht positiv aus, so habe die Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz keinen Sinn, da Deutschland sonst ja nicht wüßte, ob und inwiefern die gefundenen Lösungen auf Deutschland Anwendung fänden.

Zu der zweiten Frage bemerkte Freiherr von Neurath, diese könne nicht mißverstanden werden, und er nehme an, daß das Sicherheitsproblem, das in Herriots Erklärung erwähnt sei, auch die Sicherheit umfasse, die durch die allgemeine Entwaffnung herbeigeführt würde. Er bestche aber darauf, daß diese Auffassung ihm ausdrücklich bestätigt werde.

Der Schwarzjender der Kommunisten entdeckt

Der Berliner kommunistische Schwarzjender machte sich Donnerstag gegen 14 Uhr wieder bemerkbar. In Zusammenarbeit mit Beamten der Post und Reichsrundfunkgesellschaft gelang es der politischen Polizei, den Schwarzjender in dem Hause Reinholdsdorfer Straße 100 in dem Augenblick festzustellen, als er von drei Leuten abmontiert und fortgeschafft werden sollte. Der Apparat ist beschlagnahmt. Die drei Personen sind dem Polizeipräsidium zugeführt worden. Der Geheimjender hatte in den frühen Nachmittagsstunden wieder eine kommunistische Hezrede gesandt und die Arbeiterschaft aufgefordert, ihre Wohnungen zu verlassen und mit Gewalt Besitz von leerstehenden Wohnungen zu nehmen. Wenn die Hauswirte Miete verlangen würden, so solle man jede Zahlung verweigern. Der Sender schloß wieder mit der Internationale.

Es handelt sich um eine Anlage, die in drei kleine Handlöffel eingebaut war, so daß man sie unauffällig befördern konnte. Zu dem Sender gehörte eine Antenne, die vom Dache des Nebenhäuses zu der Wohnung im vierten Stock des Seitenflügels im Hause Reinholdsdorfer Straße 100 durch eine Dachluke hinabführte. Das Gerät wurde stets mit einem Kraftwagen weggebracht, es ist zweifellos eine Arbeit von Fachleuten.

Was ist mit Straßer?

Drei Wochen Krankenurlaub

Berlin, 9. Dezember.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit, daß Gregor Straßer mit Genehmigung des Führers einen Krankenurlaub von drei Wochen antritt und daß alle weiteren daran geknüpften Gerüchte und Kombinationen unzutreffend seien und jeglicher Grundlage entbehren.

Diese Mitteilung hat in politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt. Das ist umso natürlicher, als vor Bekanntgabe dieser parteiamtlichen Mitteilung Gerüchte verbreitet waren, nach denen Straßer an Hitler einen Brief geschrieben haben sollte, mit dem er seine Aemter in der Partei niederlegt. Auf diese Gerüchte bezieht sich der Zusatz des nationalsozialistischen Kommuniqués, der alles von sich weist, was über den Urlaub hinausgeht.

Nach der Annahme politischer Kreise liegen die Dinge so, daß in der nationalsozialistischen Führung eine Aussprache über die grundsätzliche Haltung der Partei zu dem Problem einer Regierungsbeteiligung stattgefunden habe. Den Anlaß dazu scheinen die Verhandlungen mit anderen Parteien über die Regierungsverhältnisse in Preußen gegeben zu haben. Während der Mittwochssitzung des Reichstags war unter der Hand bekanntgeworden, daß diese Besprechungen ziemlich weit gediehen seien, also man mit der Bildung einer Koalition zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und vielleicht Deutscher Volkspartei in Preußen rechnen könne. Die Wahl des Ministerpräsidenten hielt man im Januar für recht wahrscheinlich. Man sprach auch davon, daß der preußische Ministerpräsident dann zugleich Vizkanzler im Reich werden sollte und daß dieses Projekt nur noch der Zustimmung Hitlers bedürfe. Daraus schienen sich nun gewisse Schwierigkeiten ergeben zu haben. Vielleicht gehen sie von der Erwägung aus, daß Hitler, wenn er entweder für eine Person oder für Straßer seine Zustimmung zur Wahl gäbe, damit gleichzeitig auf den Anspruch auf das Reichskanzleramt verzichten würde. Das ist ein Problem, das für die NSDAP eine große grundsätzliche Bedeutung hat. Man weiß seit einiger Zeit, daß Straßer der erste Verlecher einer praktischen Regierungsbeteiligung der Partei ist, und so entstanden wohl die Gerüchte, die zu der amtlichen nationalsozialistischen Mitteilung führten. In politischen Kreisen entnimmt man aus diesem Kommuniqué, daß die Entscheidung über die Frage der Regierungsbeteiligung zunächst bis zum Januar vertagt ist. Inzwischen werden sich die Anschauungen innerhalb der Parteiführung gewiß klären; das dürfte auch der Sinn der Mitteilung sein.

Amerika verlangt Zahlung am 15. Dez.

Die Antwort auf Englands Schuldengesuch

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat am Mittwoch dem englischen Botschafter in Washington eine Antwort auf die englische Schuldennote überreicht. Darin wird England ersucht, die Dezemberzahlung von 95 Millionen Dollar zu leisten. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß dann eine Wiederauflösung der Schuldenfrage möglich sei.

In der Antwortnote der amerikanischen Regierung an England heißt es, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, im Zusammenwirken mit der britischen Regierung die gesamte Lage zu prüfen und zu erwägen, welche Mittel ergriffen werden könnten, um die Wiederherstellung der Währungsstabilität und des Wiederauflebens des Handels herbeizuführen. Eine Prüfung der Schuldenfrage bedeute aber nicht Streichung. Es müßten bei der Prüfung greifbare Kompensationen für die Erzeugnisse der amerikanischen Landwirtschaft und Industrie erwogen werden. Nach amerikanischer Auffassung stehe das Schuldenproblem in enger Beziehung zu dem Problem der Abrüstung und des Wettstreits in der ganzen Welt.

Die Note schließt mit der Erklärung, daß die amerikanische Regierung die Schwierigkeiten eines Transfers erkenne. Sie sei der Zuversicht, daß der Kongreß jede vernünftige Anregung der britischen Regierung erwägen werde, die die Zahlung der am 15. Dezember fälligen Rate erleichtern könne.

Die Aussichten für eine Schuldenscheichung durch Amerika werden sehr ungünstig beurteilt.

Frankreich bearbeitet England

Die Besprechungen, die der englische Ministerpräsident Macdonald in Paris führte, sind von großer Wichtigkeit. Die Franzosen bestürmen England, indem sie erklären, daß auch die Zahlungen an England nicht geleistet werden, solange Deutschland keine Tribute zahle. Damit würden die Engländer die letzte äußere Deckung für ihre Zahlungen an Amerika verlieren. Herriot hat auch davon gesprochen, die Wiederberufung der Lausanner Konferenz zu verlangen, da die Ratifizierung des Lausanner Abkommens unmöglich geworden sei. Damit würde das ganze Tributproblem wieder aufge-
rollt werden.